

Sie interessieren sich für Ihren Grundsteuerbescheid?

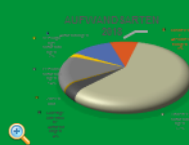
Nachstehende Erläuterungen sollen einen Beitrag dazu leisten, die Hintergründe verständlich zu machen:

Die Gemeinde Nörvenich hat im Jahr 2018 ein geplantes Ausgabenvolumen von 22,5 Millionen €. Der [Haushaltsplan](#) ist öffentlich und über das [Ratsinformationssystem](#) auf www.noervenich.de für jeden einsehbar. Zur Erläuterung des Haushaltes hatte der Bürgermeister am 05.09.2017 zu einer Bürgerversammlung in die Neffeltalhalle eingeladen. Der Haushaltsplan 2018 hat 303 Seiten, doch mit der Darstellung der zehn größten Positionen ist bereits 75% des Ausgabenvolumens erklärt. Die zehn größten Positionen sind:

TOP 10 der Ausgaben		75 % des gesamten Aufwandes der Gemeinde Nörvenich
1. Kreisumlage	5.315.120 €	
2. Personalaufwendungen	3.331.600€	
3. Jugendamtsumlage	3.174.000€	
4. Bilanzielle Abschreibungen	1.910.509€	
5. Beitrag Erftverband*	1.650.240€	
6. Aufwendungen Abfallentsorgung	910.000€	
7. Beitrag WVER*	346.500€	
8. Zinsaufwand	126.050€	
9. Förderschulzweckverband	333.000€	
10. Versicherungen	222.000€	
Gesamt	17.316.019€	

Auf den ersten Blick wird schon deutlich, dass die Gemeinde auf die Höhe dieser Positionen keinerlei Einfluss hat. Bestenfalls über die Position 2 (Personalausgaben) ließe sich diskutieren. Bei einer 2017 durchgeführten Überprüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA NRW), einer Art Rechnungshof für Städte und Gemeinden, wurde die Personalquote der Gemeinde Nörvenich im Vergleich zu anderen Gemeinden ähnlicher Größenordnung als „sehr deutlich unter dem Mittelwert“ eingestuft. Dies zeigt, dass auch bei den Personalausgaben keine Luft für weitere Einsparungen durch Personalreduktion mehr ist, wenn nicht auch gleichzeitig Aufgaben reduziert würden.

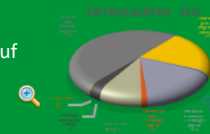
Auch bei den verbleibenden 25% der Ausgaben, gibt es nur sehr wenige Positionen, deren Höhe die Gemeinde beeinflussen kann. In einem Kuchendiagramm dargestellt, sieht die Ausgabenseite des Haushalts wie folgt aus:



* Erftverband und Wasserverband Eifel-Rur beseitigen für die Gemeinde Abwasser und Klärschlamm und betreiben teilweise das Kanalnetz.

Ziel aller Kommunen ist es, einen ausgeglichenen Haushalt zu haben, also mit den Einnahmen die Ausgaben decken zu können.

Nach der Ausgabenseite nun also ein Blick auf die Einnahmen:



Einzig auf die Grund- und Gewerbesteuern hat die Gemeinde einen unmittelbaren Einfluss, da der Rat die Höhe der Hebesätze festlegt. Diese war seit vielen Jahren nicht auskömmlich und so haben sich Schulden in Höhe von 20,2 Mio. € angehäuft (Stichtag: 31.12.2016).

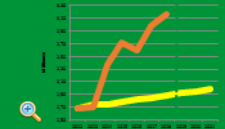
„Unter den aktuellen Bedingungen ist nicht davon auszugehen, dass Kommunen über genügend haushaltswirtschaftliches Potenzial verfügen, um die prekäre Finanzlage aus eigener Kraft zu verlassen.“

Prof. Dr. M. Junkernheinrich & Prof. Dr. T.Lenk
„Konzept zur Rückgewinnung kommunaler Finanzautonomie im Land NRW“, 2011.

Um nicht tiefer in eine solch prekäre Lage zu geraten, ist die Gemeinde Nörvenich im Jahr 2012 freiwillig Mitglied im „Stärkungspakt Stadtfinanzen NRW“ geworden. Bei dieser gegenseitigen Verpflichtung, leistet das Land NRW der Gemeinde Nörvenich im Zeitraum 2012 – 2021 zusätzliche Unterstützungszahlungen in Höhe von insgesamt 4,2 Mio. €. Im Gegenzug hat sich die Gemeinde verpflichtet, ab dem Jahr 2018 keine neuen Schulden mehr zu machen und die Rückzahlung der Altschulden zu beginnen.

Zu diesem Zweck wurde ein Haushaltssanierungsplan aufgestellt, der vom Rat der Gemeinde Nörvenich beschlossen und von der zuständigen Aufsichtsbehörde Bezirksregierung Köln als realistisch testiert wurde. Im Rahmen des Haushaltssanierungsplanes, musste die Gemeinde Nörvenich ein massives Einsparprogramm umsetzen. Da dies für den Haushaltsausgleich nicht ausreichend war, musste der Rat zudem erhebliche Erhöhungen der kommunalen Steuern beschließen. Der Rat hat dabei eine schrittweise Anhebung beschlossen, um die Bürgerinnen und Bürger nicht von einem auf das andere Jahr extrem zu belasten. Im Jahr 2018 erreicht die [Treppe](#) den im Jahr 2014 beschlossenen Satz von 910 Punkten Grundsteuer B und erhöht somit die zu zahlende Grundsteuer B in einem Durchschnittshaushalt um 8€ pro Monat im Vergleich zu 2017. Damit sollte der Haushaltsausgleich gelingen. Aus unterschiedlichsten Gründen sind jedoch die Summen, welche die

Gemeinde an Kreis- und Jugendamtsumlage zahlen muss deutlich stärker gestiegen als angenommen und vom Kreis selbst als Aufsichtsbehörde im Haushaltssanierungsplan seinerzeit testiert. Hier zu sehen an der Diskrepanz zwischen der 2012 geplanten Jugendamtsumlage und den tatsächlich eingetroffenen Ergebnissen.



Bedauerlicherweise sieht der Stärkungspakt für diese von der Gemeinde nicht zu vertretenden Verschlechterungen nicht den anderen Vertragspartner des Paktes in der Pflicht diese Mehrausgaben auszugleichen, sondern allein die Gemeinde. Um die Grundsteuern nicht noch stärker anheben zu müssen, als 2012 - 2014 beschlossen, hat die Gemeinde in einem weiteren Sparpaket nochmals rund 700.000 € im Jahr 2018 eingespart. Damit ist das Sparpotential jetzt soweit ausgeschöpft, dass die Gemeindeprüfungsanstalt im Zwischengespräch zur noch andauernden Prüfung, keinen einzigen Einsparvorschlag mehr machen konnte. Jede weitere Mehrbelastung der Gemeinde Nörvenich muss unweigerlich zu einer weiteren Anhebung kommunaler Steuern führen, wenn für die Mehrbelastung kein Ausgleich durch eine übergeordnete Instanz geleistet wird.

Leider steht es in der Macht übergeordneter Stellen, die Gemeinde mit zusätzlichen Aufgaben zu belasten, ohne der Gemeinde die für die Aufgabenwahrnehmung notwendige Finanzausstattung zuzuweisen. Während z.B. der Landschaftsverband und der Kreis Düren ihren Finanzbedarf durch Umlageforderungen an nachgeordnete Ebenen staatlicher Verwaltung decken können, bleibt den

„Das Problem ist schon lange bekannt, aber ungelöst!“

Manfred Rommel

Ehemaliger Oberbürgermeister von Stuttgart im Jahr 1998

Städten und Gemeinden nur noch die „Umlage“ auf die Bürgerinnen und Bürger. Damit ist die Gemeinde Nörvenich nicht Verursacher einer hohen Grundsteuerbelastung, sondern Durchführender.

Manfred Rommel, ehemaliger Oberbürgermeister von Stuttgart in seinem Buch „Trotz allem heiter“, Ausg. 1998.

S. 378 „Aber es muss endlich im Grundgesetz festgeschrieben werden, dass die Kommunen zusätzliche Mittel beanspruchen können, wenn ihnen von Bund oder Ländern zusätzliche Lasten auferlegt werden.“

S. 384 „Das Röhrensystem der kommunalen Finanzen ist viel zu kompliziert. Höhe und Zuwachs der meisten kommunalen Ausgaben sind durch Bundes- oder Landesrecht zwingend geregelt oder durch sonstige rechtliche Bindungen festgelegt. Sie entziehen sich deshalb dem Einfluss der Kommunalpolitiker. Der Teil der Ausgaben, den diese beeinflussen können, ist klein.“

Werden die Grundsteuern in der Zukunft weiter steigen, oder besteht die Chance auf eine Senkung?

Da die Gemeinde die Ausgaben nicht in relevantem Umfang weiter reduzieren kann und die Einnahmeseite neben kommunalen Steuern vor allem von Mittelzuweisungen des Landes abhängig ist, kann auf Ebene der Gemeinde keine zuverlässige Prognose abgegeben werden, da man ja nicht weiß, wie sich das Land dazu weiter verhält. Natürlich setzt sich die Gemeinde beim Land NRW dafür ein, dass die Bürgerinnen und Bürger bei den Grundsteuern künftig entlastet werden können.

Welche Risiken bestehen?

Das derzeit größte Risiko für die Öffentlichen Haushalte sind steigende Zinsen. Nur durch die Verwendung von Haushaltsüberschüssen zur Schuldentilgung kann dem entgegengewirkt werden. 2018 beginnt die Gemeinde Nörvenich mit der Rückzahlung von Schulden.

Steigen auch die Gebühren?

Gebührenhaushalte sind geschlossene Kreisläufe, die kostendeckend zu kalkulieren sind. Dies bedeutet, dass nur die tatsächlich anfallenden Kosten an die Bürger weiterbelastet werden. Aus den Gebührenhaushalten darf keine Mittelentnahme erfolgen, um an anderer Stelle Löcher im Haushalt zu stopfen. Nach einem milden Winter mit wenig Salzeinsatz und Schneeräumtätigkeit, sinken üblicherweise die Straßenreinigungsgebühren, nach einem heftigen Winter steigen diese. Bei den Müllgebühren treten die größten Änderungen nach einer Neuausschreibung des Entsorgungsvertrages auf, wenn sich im Wettbewerb neue Preise bilden. Da die Gemeinde mit den aktuellen Entsorgungskosten unzufrieden ist, wird über die Bildung einer Entsorgungszweckgesellschaft zusammen mit anderen Kommunen nachgedacht. Dies ist jedoch erst zum Laufzeitende des aktuellen Vertrages möglich.

Wie kann sich die Gemeinde selbst helfen?

Wohnbauflächenentwicklung: Die Gemeinde hat eine Menge Fixkosten, etwa den Unterhalt der Schulgebäude, der Nefeltalhalle und des Rathauses. Diese fallen unabhängig davon an, ob die Gebäude von 200 oder 300 Schülern benutzt werden, da ein Klassenraum für 15 oder für 30 Schüler gleichermaßen geheizt und beleuchtet werden muss. Hilfreich wäre es, wenn diese Fixkosten auf insgesamt mehr Steuerzahler verteilt werden könnten und ungenutzte Kapazitäten ausgelastet würden. Die Grundschule Nörvenich hatte beispielsweise vor 15 Jahren noch 400 Schüler, derzeit sind es rund 200. Mit neuen Wohnbaugebieten kommen neue Einwohner und damit auch Steuerzahler in unsere Gemeinde, ohne dass wir deshalb eine zusätzliche Nefeltalhalle oder Schule bauen müssten. Wir können diese Gebäudekosten aber auf mehr Zahler umlegen, so dass es für alle eine etwas geringere Belastung gibt. Derzeit sind acht Baugebiete in Entwicklung, was in den nächsten 5 Jahren einen Einwohnerzuwachs von rund 10% bringen könnte.

Gewerbeflächenentwicklung: Seit mehr als 10 Jahren, hat die Gemeinde Nörvenich keine freien Gewerbeflächen mehr. Dies hat sowohl Zuzug

neuer Unternehmen verhindert, wie auch zum Wegzug erfolgreicher Firmen geführt, die sich am Standort Nörvenich nicht mehr erweitern konnten. Das Problem fehlender Flächen ist gelöst und ein neues Gebiet von 360.000 m² Größe befindet sich in Entwicklung. Es ist nicht unrealistisch anzunehmen, dass auf dieser Fläche rund 800 Arbeitsplätze entstehen könnten. Bis Bauleitplanung und archäologische Grabungen abgeschlossen sind, werden jedoch voraussichtlich noch ca. 18 Monate Zeit verstreichen.

Bei allen Entwicklungsvorhaben bedient sich die Gemeinde unterschiedlicher Projektentwickler, so dass kein Entwicklungsrisiko für den öffentlichen Haushalt besteht, falls einer der Pläne nicht aufgeht.

Das Seniorenquartier Nörvenich auf dem Gelände der ehemaligen Hauptschule ist bereits im Bau. Hier fließen rund 20 Millionen privates Kapital in der Errichtung von 76 Pflegeplätzen und 36 Seniorenwohnungen mit Pflegeoption. Es entstehen etwa 80 feste Arbeitsplätze. Gleich daneben, beim Bau des Netto-Marktes werden es etwa 15 Arbeitsverhältnisse sein.

Warum ist die Grundsteuer anderswo niedriger?

Städte und Gemeinden haben sehr unterschiedliche Voraussetzungen. Die 11.000 Einwohner der Gemeinde Nörvenich wohnen verteilt auf 14 Orte. Daher muss die Gemeinde 38 Kilometer Gemeindestraßen und 265 Kilometer Wirtschaftswege unterhalten. Hinzu kommen 15 Friedhöfe, teils mit Trauerhallen, 21 Sport- und Bolzplätze und 9 Feuerwehrgereätehäuser. Andere Kommunen mit ähnlicher Einwohnerzahl, welche aber auf wenige Orte verteilt leben, haben sehr viel weniger zu unterhaltende Infrastruktur und damit Kosten.

Teilweise haben andere Kommunen deutlich höhere Gewerbesteuererinnahmen, weil sie z.B. schon über Jahrzehnte von hohen Zahlungen des Tagebaubetreibers profitieren und davon sogar ein Finanzpolster angelegt haben. Manche haben deutlich mehr Gewerbeflächen ausgewiesen und eine höhere Dichte von Firmen als die Gemeinde Nörvenich.

Manche haben das Glück eines S-Bahn- und direkten Autobahnanschlusses, so dass bei Veräußerung gemeindlicher Grundstücke ganz andere Preise zu erzielen sind, als in unserer Gemeinde.

Manchmal ist es aber auch einfach nur so, dass die Grundsteuer weiter niedrig gehalten wird und der Schuldenstand stetig ansteigt. Man verlagert ein Problem dann weiter in die Zukunft. Wenn die Zinswende kommt, wird es diese Städte und Gemeinden und ihre Einwohner dann doppelt treffen, denn auf Dauer kann diese Verschuldungspolitik nicht funktionieren.

Kann in einer „armen“ Gemeinde dennoch investiert werden?

Ja, die Gemeinde Nörvenich erhält vom Land NRW zweckgebundene Mittel ausschließlich für Investitionen, um z.B. in den Grundschulen so zu investieren, wie es für ein gutes Aufwachsen und eine gute Lernumgebung notwendig ist. Allein für das Jahr 2018 plant die Gemeinde Nörvenich in beiden Schulen zusammen 2,2 Mio € zu investieren, um damit z.B. den Schulhof zu erweitern und dessen kaputten Belag zu erneuern, aber auch Glasfaserhausanschlüsse für die Schulen daraus zu finanzieren und einen Klassensatz Tablet-Computer zu beschaffen. Auch für den Bereich des Sports- und des Feuerschutzes gibt es zweckgebundene Pauschalzuweisungen für Investitionen, zudem eine nicht zweckgebundene sog. Investitionspauschale. Diese Mittel dürfen nicht eingesetzt werden, um Löcher im Haushalt an anderen Stellen zu stopfen.

Mit dem [Masterplan Nörvenich](#)

beantragt die Gemeinde zudem Städtebaufördermittel des Landes NRW. Bei einer Aufnahme in das Städtebauförderprogramm des Landes, könnten in den nächsten fünf Jahren rund 6 - 9 Millionen € Fördergelder für Investitionen zusätzlich nach Nörvenich fließen.



Mit Anträgen zur Denkmalförderung, erhofft sich die Gemeinde zudem Zuschüsse von Bund und Land u.a. zur Ruinensicherung der Harff'schen Burg.

Beim Glasfaserausbau für Schnelles Internet hat die Gemeinde im Rahmen eines kreisweiten Förderantrages bereits positiven Bescheid bekommen. Mit den zugesagten Mitteln können nach Durchführung einer Ausschreibung im Jahr 2018 auch die Außengehöfte berücksichtigt werden. Innerhalb der Ortslagen sollte der Anschluss der Kabelverzweiger mit Glasfaser bis Ende 2017 abgeschlossen sein und allen Bürgerinnen und Bürgern bis zu 64 Mbit/S ermöglichen. Die Gemeinde wird aufmerksam weiter nach Fördermöglichkeiten für Glasfaserhausanschlüsse schauen und ggfs. entsprechende Anträge stellen.

Sie zweifeln an den vorgenannten Darstellungen oder wollen mehr darüber erfahren? Kein Problem! Insbesondere die unten genannten Berichte setzen sich intensiv mit der Problematik auseinander. Diese finden Sie unter:

[Bertelsmann Stiftung - Kommunalen Finanzreport 2017](#)

[ver.di – Kommunalfinanzbericht 2017](#)

[HAUSHALTAUSGLEICH UND SCHULDENABBAU
– Konzept zur Rückgewinnung kommunaler Finanzautonomie
im Land Nordrhein-Westfalen –](#)

